Bewerbung um das Ehrenamt eines Mitarbeiters im Vorstand des BSBH

Im Jahr 1956 wurde ich in Rüdesheim am Rhein geboren.

Viele Jahre war ich als Richter am Verwaltungsgericht in Weimar tätig. Von 2014 bis zum 31. Juli 2022 habe ich als Justiziar der Thüringer Staatskanzlei gearbeitet.

Seit 1974 engagiere ich mich in der Blinden- und Sehbehindertenselbsthilfe. Dabei war ich mehr als 5 Jahre Vorsitzender des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen (BSVT).

Seit ich wieder in Hessen wohne leite ich den Bezirk Wiesbaden des Blinden und Sehbehindertenbundes in Hessen (BSBH) e. V.

Die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben ist mir seit vielen Jahren eine Herzensangelegenheit. Deshalb setze ich mich für die Nachteilsausgleichszahlungen unserer Gesellschaft ein, die wir wegen unserer behinderungsbedingten Nachteile dringend benötigen. Hier sehe ich dunkle Wolken am Horizont. Die Wirtschaftswaise Veronika Grimm fordert die Reduzierung der Leistungen der Kranken- und Pflegekassen. Die Wirtschaftsministerin Katharina Reiche fordert eine Rentenzahlung erst ab Vollendung des 70. Lebensjahres. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärt vor Vertretern unserer Landkreise, dass die Eingliederungshilfe, mit der unter anderen unsere Assistenz bezahlt wird, zu hoch sei. So waren auch die Diskussionen in Thüringen, bevor dort das Blindengeld abgeschafft wurde.

Hier müssen wir uns gegen die Anfänge wehren.

.

Deshalb vertrete ich unsere Belange unter anderem als Vertreter der sinnesbehinderten Menschen in der Eingliederungshilfekommission des Landeswohlfahrtsverbandes. Diese Kommission entscheidet unter anderem über die Bedingungen, die für die berufsbegleitende Assistenz maßgebend sind. Die Mittel, die für die Eingliederungshilfe ausgegeben werden, sind erheblich angewachsen. Der Haushalt des Landeswohlfahrtsverbandes weist deshalb eine erhebliche Finanzierungslücke auf. Finanziert wird der Landeswohlfahrtsverband von den Landkreisen und kreisfreien Städten in Hessen. Vertreter der kreisfreien Städte und der Landkreise haben erklärt, dass die Finanzierung der Eingliederungshilfe in der bisherigen Höhe durch unsere Kommunen nicht mehr sichergestellt werden könne.

Um zu verhindern, dass unsere Nachteilsausgleichzahlungen wie das Blindengeld angegriffen werden, würde ich gerne mein Wissen und Können in die Arbeit des Vorstandes unseres BSBH einbringen. Deshalb bitte ich Sie, mich zum Mitarbeiter in unserem Vorstand zu wählen.